

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Neue Welt):
Friedr. Wahle, Magdeburg.
Verlag von B. Sarbaum, Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6.
Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.
Druck von E. Arnoldt, Magdeburg.

Volksstimme

Prämienzahlung zahlbares Abonnementpreis:
Bieteljähr. inkl. Bringerlohn 2 M. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Grempl. 1,70 M. 2 Grempl. 2,90 M.
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 M., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 M. ztl. Bestellgeld.
Einzeln Nummern 5 Pf., mit Neue Welt 10 Pf.
Zettlungsliste Nr. 7242.
Insertionsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungs-Beilagen: Die Neue Welt (acht Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote, Die Frauenpost.

Nr. 116.

Magdeburg, Mittwoch, den 19. Mai 1897.

8. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten. Außerdem liegt Bogen 33 vom Roman Der Nabob bei.

Die Antwort des Reichstags!

Berlin, 18. Mai 1897.

Das Volk ermannt sich zur Wahrung seiner heiligsten Güter — des Versammlungs- und Vereinsrechts. Alle Schichten der Bevölkerung sind aufgerüttelt. Aufgerüttelt durch die preussische Umsturzvorlage. Ein Schrei der Entrüstung durchzittert das gesamte deutsche Volk.

Das Volk!

Nach Ansicht des Ministers v. d. Recke soll das Volk der preussischen Regierung dankbar sein für ihr Vorgehen gegen die Feinde staatlicher Ordnung.

Nun heute hat das Volk namens seiner Vertretung gesprochen; es hat eine vernichtende Kritik geübt — vernichtend in des Wortes verwegener Bedeutung. Der von den Sozialdemokraten, Freisinnigen, Polen, Antisemiten und vom Centrum unterzeichnete Antrag die Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine wurde mit $\frac{4}{5}$ -Majorität angenommen. Angenommen, nach einer sechsständigen hochinteressanten Debatte, an der alle Parteien sich beteiligten. Die vaterlandslösenden Gesellen hielten heute wacker stand — ihnen gefolgt sind heute sogar die Nationalliberalen zu. Nur zu deutlich klang aus den Worten aller Redner heraus der tiefe Unwille gegen das herrschende Regiment und die Annahme der immer dreister auftretenden Junkersippe.

Das auf Grund allgemeiner Wahlen zusammengesetzte Parlament wies jeden Versuch, die bestehenden witzigen Rechte zu schmälern oder zu beseitigen auf das entschiedenste zurück. Es will nicht zugeben, daß der deutsche Bürger dem Büttel unterstellt, in der freien Entfaltung seiner Kräfte gehindert sei. Es war ein einziger Aufschrei — ein Aufschrei des gemarterten Volkes. Wir haben den Reichstag selten so einmütig gefunden in der Wahrung des parlamentarischen Regiments und der Bekämpfung der Plutokratie. Die Zustände in Deutschland sind unhaltbar. Die heiligsten Gefühle des Volkes sind verletzt. Und die Haltung des Staatssekretärs heute hat nicht dazu beigetragen die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Unerträglich sind heute die Quellen der Sozialdemokratie erschlossen. Die Berechtigung unseres Kampfes, sowie unsere Taktik wurde heute indirekt anerkannt. Man lese nur aufmerksam die Reden der Vertreter bürgerlicher Parteien. Die Sozialdemokratie ist der „Springende Punkt“, um den sich alles dreht. Die Sozialdemokratie glaubt man zu vernichten und spaltet zum Gaudium der Sozialdemokraten die bürgerlichen Parteien, die sich gegenseitig zerfleischen und wider Willen mit den Sozialdemokraten gegen die Stützen von Thron und Altar ankämpfen. Ein herzerquickendes Lustspiel; obgleich es als Tragödie empfohlen ist.

Loch zur Sache!

Mit $\frac{4}{5}$ Majorität, sagten wir, wurde der oben erwähnte Antrag angenommen. 207 Mitglieder des Reichstags stimmten mit Ja — 53 mit Nein!

Die 207 Abgeordneten repräsentieren 6 197 300 Stimmen.

Die 53 Abgeordneten repräsentieren 1 476 700 Stimmen.

Das Volk hat gesprochen! Das Volk, hören Sie, Herr Minister, das Volk! — Ueber $\frac{4}{5}$ des wahlfähigen Volkes, nicht „graue Jungens“ oder „Rachaufrüher“ wie gestern im Landtage die Minderjährigen bezeichnet wurden — gegen knapp $\frac{1}{5}$. Ueber sechs Millionen Menschen votieren gegen jede Verkümmern der Volksrechte — so spricht das Volk. Und die $\frac{1}{5}$ Millionen Stimmen vertreten ausschließlich konservative und reaktionäre Abgeordnete — die Edelsten der Nation, die geistigsten Erben, die Bevorzugten der Gesellschaft. Eine gepfefferte Antwort. Wird sie an geeigneter Stelle verstanden werden?

Gründe ernsterer Natur hindern uns, auf gewisse Vorgänge in heutiger Sitzung an dieser Stelle einzugehen. Unsere Leser werden uns verstehen, sobald sie den Parlamentsbericht aufmerksam gelesen. Die bedeutendste Rede war die des Abg. Richter — auch Singer hatte einen guten Tag. Im Lande werden die Worte dieser beiden Vertreter wohl gewürdigt werden. Die Abgg. Baffermann (nat-lib.), Hauptmann (Volkspartei), Lieber (Centrum), Fürst Radziwill (Polen) und Zimmermann (Antisemit) standen heute in der Opposition; die Regierung wurde durch Minister v. Boetticher, v. Kardorff (Freikonf.) und v. Bevegow (Konj.) verteidigt. Erst um 6 Uhr hatte die Debatte ihr Ende erreicht.

Präsident Freiherr v. B u o l teilt mit, daß er Urlaubsgesuche nur dann berücksichtigen werde, wenn sie mit Krankheit motiviert seien, und zwar mit Rücksicht auf die wiederholt festgestellte Beschlußunfähigkeit und die Dringlichkeit der Arbeitslast.

Zur Beratung steht — zunächst in erster Lesung — das von dem Abg. R i d e r t (freis. Ver.) mit Unterstützung der beiden freisinnigen Gruppen, der süddeutschen Volkspartei, des Centrums, der Polen, Antisemiten und Sozialdemokraten eingebrachte Vereinsgesetz, durch welches bestimmt werden soll:

Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

Abg. R i d e r t begründet den Antrag. Er hofft, die preussische Vorlage werde nicht durchgehen, und das deutsche Volk werde in dieser Frage hinter dem Reichstage stehen.

Staatssekretär Dr. v. Boetticher: Es liegt der preussischen Regierung durchaus fern, der Reichsgesetzgebung oder dem Reichstage den Krieg zu erklären. Sie treibt auch keinerlei unberechtigten Partikularismus, sie macht nur von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch und hat die Vorlage gemacht in der Absicht, ihr Vereinsgesetz zu verbessern. (Langanhaltendes, schallendes Gelächter links.) Welches die Absicht der preussischen Regierung ist, muß ich doch besser wissen wie Sie. (Erneutes Lachen.) Die preussische Regierung war zu ihrem Vorgehen durchaus berechtigt, so lange ein Reichsvereinsgesetz noch nicht geschaffen ist. Der Vorredner selbst hat das im vorigen Jahre anerkannt. Heute bestreitet er es wieder. Was würde Abg. R i d e r t sagen, wenn wir seiner Zeit dem Drängen der Mehrheit dieses Hauses nachgegeben und die Zwangsmaßnahmen mit dem Befähigungsnachweis eingeführt hätten? (Heiterkeit.) Nein, wir müssen das an die Parlamente bringen, was wir für notwendig halten. Die preussische Regierung wünscht nichts, als Handhaben zu gewinnen gegen Mißbräuche, die hervorgerufen sind. Wenn wir Mißstände erblicken (Rufe links: Provinz Puttkamer!), so müssen wir sie zu beseitigen suchen. Der Antrag hat also nur einen demonstrativen Charakter. Wenn ich die Stimmung des preussischen Herrenhauses richtig tariere (schallendes Gelächter links), so dürfte das, was die preussische Regierung fordert, diesem Hause noch nicht ausreichend erscheinen. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Der Bundesrat dürfte in der Frage keine andere Stellung einnehmen, als im vorigen Jahre. Lassen Sie also nach dem Grundsatze Saum cuique die preussische Regierung das zur Erledigung bringen, was sie begonnen hat. (Beifall rechts. Rufen links und Centrum.)

Abg. Dr. L i e b e r (Centr.). Der Antrag ist keineswegs eine Demonstration. Er ist ein einfacher Akt der Nothwehr. Das preussische Gesetz ist alles Andere, nur keine Einlösung des uns gegebenen Versprechens. (Sehr richtig! links. Unruhe und Lachen rechts.) Im Abgeordnetenhaus mögen Sie sich mit solchen Sachen helfen, hier hat man andere Anschauungen von parlamentarischer Unruhe. (Unruhe rechts. Rufe: Zur Ordnung!) Gegenüber dem Vorgehen des preussischen Ministers des Innern müssen wir die jähliche Einlösung eines uns in einem feierlichen Augenblicke gegebenen Versprechens betonen. Ich meine das Versprechen, das der Reichskanzler bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches gegeben. Damals hätte, nach Annahme eines Antrages auf Aufhebung des Koalitionsverbotes, die Regierung entweder diesen Antrag mit herunterschluden oder aber das größte nationale Werk zum Scheitern bringen müssen, das der Reichstag zu Stande gebracht hat. Wir haben damals von der Annahme des Antrages angesichts des Versprechens des Reichskanzlers abgesehen, weil wir annehmen mußten, das selbe werde ohne jede Bedingung erfüllt werden. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Hätte der Reichskanzler damals an solche Bedingungen gedacht, so müßte man alles Vertrauen verlieren. Ein feierliches Versprechen kann nicht illusorisch gemacht werden durch juristische Ewigkeitsigkeiten. (Lebhafter Beifall im Centrum und links.) Die preussische Vereinsvorlage ist nichts als ein neues Unrechtsgesetz, nur mit dem Unterschiede, daß über die Bestimmungen des früheren Gesetzes der ordentliche Richter zu urteilen hatte, während es sich hier um ein reines Polizeigesetz handelt. Wie solche gehandhabt werden können, dafür haben wir noch jetzt ein warmes Beispiel gehabt in Puttkamer. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. v. Kardorff (Rp.). Zunächst gab Redner seinem Bedauern Ausdruck, daß er gegenüber einer kompakten Mehrheit für eine Minderheit sprechen müsse. Herr v. Bevegow hätte, wenn er noch Präsident wäre, den Antrag wohl nicht auf die Tagesordnung gesetzt, sondern einen agrarischen. Zur Sache übergehend trat er für die Beschränkung der Versammlungsfreiheit ein und schloß dabei folgenden bescheidenen Ausspruch: „Wenn man das allgemeine Wahlrecht überhaupt aufrecht erhalten will, darf man es nur aufrecht erhalten mit Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit.“ Der Redner sucht dann weiter auszuführen, daß das Versprechen des Reichskanzlers nicht so gemeint gewesen sein könne, wie die Mehrheit des Reichstages es auffasse. Der Reichskanzler konnte das nicht versprechen: denn er sei „nicht Autokrat in Preußen“.

Der freikonservative Redner erklärte, er verziehe nicht, weshalb man die Sache so aufbaue. Dann wieder suchte er die Sache zu verwickeln, weil bisher nur Reus ältere Linie das Koalitionsverbot aufgehoben habe. (Zuruf: Und Schwarzbürg-Rudolstadt?)

Was das Anwachen der Sozialdemokratie betreffe, so bange es zusammen damit, daß „der große Schach nationaler Genüßung, der noch zu Zeiten des Todes Kaiser Friedrichs vorhanden war, in bedauerlicher Abnahme sich befindet.“ Er schiede das nicht allein auf die Aufhebung des Sozialistengesetzes, sondern auch auf „andere Dinge, von denen er hier nicht urteilen“ wolle. Vor allem aber konnte es von der „gefährlichen Politik, welche die deutsche Landwirthschaft so heruntergebracht“ habe. Preußen habe schon tief darnieder gelegen und sich wieder erheben. Er hoffe, daß für Preußen und Deutschland wieder ein Staatsmann wie Fürst Bis marck entstehen werde und begünstige die Vereinsgesetzvorlage als ein erfreuliches Zeichen des Wiedererwachens der „Energie“ des preussischen Staatsministeriums. (Zunehmende Heiterkeit.)

Abg. Singer: Die Annahme des monarchischen Bewusstseins rührt daher, daß die preussische Regierung den Junkern Herrensfolge leihen. (Sehr wahr! links.) Was würde man wohl auf der rechten Seite sagen, wenn jemand von der Linken es gewagt haben würde, die Geschäftsführung des Herrn v. Bevegow zu kritisieren? Hier im Reichstag sind schon öfter Anträge von den Konservativen und uns gemeinschaftlich eingebracht worden. So braves Kind schreit das Feuer, wir wissen, was Verordnungen der Regierung wert sind. Wir wollen dem Reichskanzler verdammt keinen Vorwurf machen. Es giebt auch Streikmänner. Die alles

mit ihrem Namen bedecken müssen. Hoffentlich wird das Centrum in Zukunft vorsichtiger sein.

Herr v. Kardorff hat darauf hingewiesen, daß Herr v. Stumm im vorigen Jahre gesagt hat, er würde einem Gesetz nicht zustimmen, das nicht gleichzeitig eine Reihe von Einschränkungen bringe. Wir haben allerdings mit der Thatsache zu rechnen, daß Stumm auf diesem Gebiete Trumf ist; aber wer sind denn die eigentlichen Verfasser dieses Gesetzentwurfs? Sind es die preussischen Minister, ist es Fürst Hohenlohe, der Staatssekretär v. Boetticher, oder ist es vielleicht die Kompanie Recke, Miquel, Stumm? Ich neige mich der letzteren Auffassung zu. Aber gerade deshalb muß man zu der Auffassung kommen, daß mit dieser preussischen Vorlage dem Reichstage ein Faustschlag ins Gesicht versetzt worden ist. Diese Vorlage ist ein Stück von dem Geist, in dem man in Preußen-Deutschland zu regieren wünscht, daß man auf dem Verwaltungswege das Vereins- und Versammlungsrecht illusorisch machen will. Der Reichstag würde seine Pflicht verletzen, wenn er dagegen nicht Protest erhob.

Außer Herrn v. Kardorff und seinen Freunden wird wohl niemand daran glauben, daß mit der Vorlage der Sozialdemokratie der Garauß gemacht werden könnte. Bezeichnend aber ist es, daß gerade die linke Seite, auch das Centrum, die man sonst als vaterlandslösende Gesellen bezeichnet, es sein muß, die die Würde und Ehre des deutschen Volkes zu wahren verpflichtet ist. (Sehr gut! links.) Diese Vorlage muß als ein Akt gegen die Ehre und Würde des deutschen Volkes bezeichnet werden. Diejenigen, die diese Vorlage verteidigen, sollte man zur nationalen Scham aufrufen. Zur Auslands und in Süddeutschland wird unser Ansehen nicht dadurch erhöht, daß eine solche Vorlage Gesetz wird, oder daß sie überhaupt erbracht wird. Fürst Bismarck sagte: Wir sind den Süddeutschen zu liberal. Für diese Art von Liberalismus bedanken sich die Süddeutschen. Nach einem mir zugegangenen Telegramm hat gestern in München eine Versammlung stattgefunden, die von mehr als 5000 Personen besucht war und die ihre tiefste Entrüstung darüber ausgesprochen hat, daß man in Preußen es gewagt hat, die Wege der Reaktion zu gehen, wodurch auch in Süddeutschland die Sache der Freiheit schwer geschädigt wird. Diese Versammlung war nicht bloß von Sozialdemokraten besucht, sondern von allen, die liberale Freiheitsideen haben. In Magdeburg hat ebenfalls eine Protestversammlung stattgefunden und die nächsten Wochen werden dem preussischen Abgeordnetenhaus ad oculos demonstrieren, wie das Volk über diese Vorlage denkt. Das Abgeordnetenhaus wird auch daran denken müssen, wie seine Wähler darüber denken, und daß eine ganze Anzahl preussischer Abgeordneter zugleich Mitglieder des Reichstages sind, und daß sie dem Volke bei den nächsten Wahlen Rechenschaft abzulegen haben werden.

Es besteht eine Aehnlichkeit zwischen dieser Umsturzvorlage und dem Sozialistengesetz und der früheren Umsturzvorlage. Die frühere Umsturzvorlage aber war gegenüber diesem Gloriat ein wahres Muster von gesetzlicher Wahrung der Rechte des Volkes. Was ein Landrat sich unter Umsturz wird denken können, mögen folgende Beispiele zeigen: Herr v. Puttkamer meint, weil der Verein „Nordost“ eine Verschmelzung des Gutsbezirks mit der Gemeinde verlangt, er damit etwas Ungeheures verlangt; er meint, daß die Forderung, daß die Polizeibeamten auf dem Lande, die Amtsstellen von der Gemeinde, d. h. vom Volke gewählt werden sollen, offenbar Rebellerei gegen die Rechte der Krone und offene Auflehnung gegen die Verfassung, also ein durchaus revolutionäres Unterfangen sei. Wenn der Geist Puttkamers unter die Gendarmen fährt, die die Versammlungen zu überwachen haben, dann kann man sich denken, was aus diesem Gesetze werden wird. Herr von Puttkamer meine weiter, daß, wenn das Programm des Vereins „Nordost“ in allen Punkten hervorgerufen würde, wir vor einem Umsturz der Gesetze ständen. Die Veröffentlichung dieser Rede wird den Nationalliberalen, die ja immer so großes Vertrauen zur Regierung haben, sehr ermunternd sein. Schon vor dem Sozialistengesetz wurden hier in Berlin Versammlungen aufgeführt auf Grund des jetzt bestehenden Vereins- und Versammlungsrechts, z. B. weil Kellnerinnen im Saale waren; das waren die Frauen, die an politischen Versammlungen nicht teilnehmen durften. (Heiterkeit links); ferner weil ein Fenster offen war, dadurch war die Versammlung zu einer Versammlung unter freiem Himmel geworden. (Heiterkeit); aufgelöst wurde eine Versammlung, weil ein Hund durch den Saal lief. (Heiterkeit); dadurch sollte nach der Meinung des überwachenden Beamten der öffentliche Friede gefährdet werden; vielleich auch weil der Hund minderjährig war. (Heiterkeit.) Ein Gendarm aufmerksam gemacht, daß er, indem er die Auflösung der Versammlung ausspreche, etwas Ungeheures thue, jagte: „Was geht mir der Gesetz an! (Heiterkeit.)“ Ich richte mir nach meine Instruktion.“ (Heiterkeit.) Natürlich unter einem Landrat à la Puttkamer würde er sich den Teufel um die Gesetze scheren, sondern einfach das thun, was ihm sein Vorgesetzter befiehlt. Wir haben wirklich keine Veranlassung, die Kassationsgesetze, die wir schon in überreichen Maße haben, noch zu vermehren.

Wie wollen Sie ferner in Bezug auf den Ausschluß der Minderjährigen dekretieren, daß jeder in einer Versammlung nur mit seinem Geburtschein bewaffnet erscheinen darf? Hier kommt wieder der Kampf gegen die Arbeiterklasse zum Vorschein, um das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht zu untergraben. Ein Drittel der Arbeiter, die sich schon selbst ihr Auskommen erwerben können, würde durch diese Bestimmung der Möglichkeit beraubt werden, in Versammlungen ihre Angelegenheiten ihres Berufs zu beraten. Dieses Gesetz ist zugleich ein schwerer Schlag gegen die Entwicklung des Gewerkschaften. Die Reichsregierung hat die Entwicklung des Reichsrechts auf diesem Gebiete thatächlich verhindert: das ist des Pudels Kern, und das war die Quintessenz der Ausführungen des Staatssekretärs. Herr von Bötticher hat von den Gefahren gesprochen, ich habe den Beweis dafür in den Motiven des Gesetzes nachgelesen. Ich kenne nur zwei Gefahren für die öffentliche Sicherheit: das ist der preussische Landtag und die preussischen Junker und dann die preussische Regierung.

Es ist von Anarchisten-Versammlungen die Rede. Nun, die Polizei-Agenten sind immer jeckenvergütet, wenn sie überhaupt nur ein paar Anarchisten finden, von denen sie ihrer vorgelegten Behörde berichten können. Als es sich um die Verlängerung des Sozialistengesetzes und die Expatrierung handelte, hat man mit preussischem Polizeigeld in der Schweiz für Dynamit gesorgt und gut bezahlte Agenten in der Schweiz gehalten, um zu Provokationen zu reizen.

Die Vorlage, die die Unterwürigkeit des Herrn v. d. Recke trägt, ist vom Reichskanzler und heute vom Staatssekretär vertreten worden. Herr v. d. Recke gehört zu den erfindungsreichsten Menschen auf dem Gebiete künstlicher Interpretation bestehender Gesetze; als Regierungspräsident hat er ein Agitationskomitee, welches aus drei

Witzleben besteht für einen Verein erklärt, und infolgedessen alle Beschlüsse, die dieses Komitee einberufen hat, als Vereinsbeschlüsse erklärt. Für dieses Komitee ist es damals auf dem preussischen Ministerium berufen worden. Das unser Antrag angenommen wird, ist zweifellos. Der Staatssekretär hat vielleicht dabei gedacht: Na, der Reichstag arbeitet mal wieder für den Papst...

Das der Bundesrat auf den Antrag eingehen wird, glaube ich auch nicht, aber die durchaus berechtigte scharfe Kritik Bieders gegen die Reichsregierung und die einmütige Zustimmung seiner Freunde giebt mir doch die Hoffnung, daß die Herren vom Centrum ihre Beschlässe etwas wilsamer dertreiben werden, als es bisher der Fall gewesen ist. Ich hoffe, daß das Centrum, wenn selbst die Zustimmungserklärung des Reichstanzlers zu diesem Antrag eintrifft, nicht noch einmal die Brücke der Versprechungen betreten wird. So sehr sind unsere Nachmittage doch nicht eingeschränkt, daß wir nicht im Stande wären, das, was die Mehrheit dieses Reichstags als notwendig erachtet, durchzuführen, auch gegen den Willen der preussischen Regierung. Im vorigen Jahre haben sich die Herren vom Centrum und Freisinn durch die Erklärung des Reichstanzlers beruhigen lassen, das sollte man jetzt nicht thun. Der Reichstag hat die Möglichkeit, seine Beschlüsse durchzuführen. Er braucht bloß die Freilegung der parlamentarischen Geschäfte so lange zu stillen, bis dieses Not-Vereinsgesetz im Bundesrat angenommen, bis es im Reichs-Anzeiger publiziert ist. (Sehr richtig! links.) Ich sehe auch nicht ein, warum nicht der Reichstag die parlamentarischen Kanonen, die er in seinem Besitz hat, abschließen und den verbündeten Regierungen erklären soll: Wir bewilligen die verlangten Kreditkredite nicht eher, als bis die Frage des Verbots der Koalitionsfreiheit gelöst ist. (Sehr richtig! bei der Soz.) Das wird die verbündeten Regierungen und auch den Staatssekretär etwas sorgfamer machen. Künftliche Gemüter werden vielleicht aus der Anwendung dieses Mittels einen Konflikt mit den verbündeten Regierungen konstruieren. Das ist möglich, aber in diesem Konflikt steht das Volk hinter dem Reichstag. Und wenn die verbündeten Regierungen zu einer Auflösung schreiten sollten — nichts Besseres könnte dem Reichstag passieren, als daß das Volk zu den Wahlen aufgerufen werden sollte, und ich meine, der Entschluß, den der Reichstag gegen die Einbringung der Vorlage und der geheuersten Art, die der Staatssekretär v. Bötticher bei dieser Frage entwickelt, wird stark genug sein, um den Widerstand der Regierung zu brechen. Der Reichstag besitzt in seinem alljährlichen Einspruchsrecht ein solches Maß von Rechten, daß er durch eine energische Anwendung dieses Rechts niemals in die Lage käme, sich — sagen wir das offen — vom Bundesrat auszuweichen und sich dafür hinhaken zu lassen, daß er Vertrauen gesetzt hat auf die Regierung, die ihm gemacht worden sind. Der Reichstag sollte sich doch endlich einmal bewußt sein der Pflicht, die er gegen das Volk hat. Der Spruch: „Landgraf werde hart!“ muß im Reichstag zur Richtschnur dienen, und je härter und unheimlicher er gegenüber der Regierung sein wird, desto mehr wird der Reichstag und mit ihm das Volk zu seinem Rechte kommen. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Bötticher: erwiedert, der Redner habe ein Schauergeräusch erweckt. Von Anfang eines Staatsstreiks ist keine Rede. Die Freiheit ist nirgends bedroht, denn was Preußen anbetrifft, ist in anderen deutschen Staaten Recht. Unter der gegenwärtigen Mitgliedschaft der preussischen Regierung ist kein, das an Staatsrecht hätte. Ich bitte, diese Beleidigung nicht zu wiederholen. (Beifall rechts.) Eine solche Vorlage ist in Preußen schon lange unter den verschiedenen Ministern gerant gewesen, die Anregung des Reichstags gab den Anstoß. (Stark links: Reaktion!) Siehe ich aus wie ein Idealist! Sieht der Reichstanzler so aus? (Große Heiterkeit.) Der Bismarck weise ich entschieden zurück, daß es innerhalb der preussischen Regierung einen Staatsminister giebt, ein solcher Ausbruch enthält eine Beleidigung für die wichtigste Staatsbeamte, die die volle Verantwortung für ihre Geschäftsführungen zu tragen wissen. Weiß denn Herr Singer, was aus der Vorlage werden wird? Ich glaube, daß es noch ganz anders kommt, als er denkt.

Preußen kann nicht das Recht bestritten werden, das Vereinsrecht so auszuüben, wie es ihm gut dünkt. Der Abg. Singer hätte sich doch hüten sollen, das Wort „Hohn“ zu brauchen, niemals hat die Regierung dem Reichstag gegenüber Hohn gezeigt. Ich weise diesen Bismarck aufs energischste zurück. Selbst hier im Hause sollte es nicht an Stimmen, die meinen, daß die Regierung sich nicht auf die Aufhebung des Koalitionsverbots beschränken dürfte. Herr v. Stumm — (Große Gelächter, Stark links: Ober-Reichstanzler!) Ich weiß nicht, was Ihr Sachverstand ist, Sie erwidern damit mit den Anhängern, daß Sie mich jetzt nicht ablehnen könnten. (Widerpruch links.) Warum Sie die Sache abzuweisen, wir müssen ja auch warten. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete Bieders hat dem Justizminister sämtliche Spitzbüchlein beigegeben. Ich muß den Justizminister gegen diesen Bismarck in Schutz nehmen. Ich glaube nicht, daß der Justizminister im Stande den Bund zu weis hat, als ob er zur Verteidigung jenes Bundesrats juristische Spitzbüchlein bedürfte. Ich bitte Sie nun, lassen Sie die Parabeln hier nicht allzu lange aus. Sollte diese Kritik dazu bestimmt sein, einen gewissen Widerspruch zwischen der Reichsregierung und der Reichsversammlung zu erzeugen, so kann ich erwidern, daß zwischen der Reichsregierung und der Reichsversammlung eine Differenz in dieser Beziehung nicht besteht.

Präsident Schmidt: Ich muß gegenüber dem Bundesrat folgendes bemerken. Soweit der Abg. Singer den Bundesrat beschuldigt war, hat er weder von einer Abkehr des Reichstags noch von irgendwelchen Minister getrieben, noch das Wort „Hohn“ ausgesprochen. Ich bitte den Reichstag zu bedenken, daß der Reichstag nicht ein bloßes Organ ist, sondern ein Organ, das die Rechte und die Interessen der Nation zu vertreten hat. Ich bitte den Reichstag, sich nicht durch die Spitzbüchlein des Reichstanzlers verleiten zu lassen, sondern sich für die Rechte der Nation einzusetzen. Ich bitte den Reichstag, sich nicht durch die Spitzbüchlein des Reichstanzlers verleiten zu lassen, sondern sich für die Rechte der Nation einzusetzen.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich darf in der That in der That nicht annehmen, daß die ungeschickliche Äußerung des Herrn Singer nur durch einen Irrtum entstanden ist. Ich bitte den Reichstag zu bedenken, daß der Reichstag nicht ein bloßes Organ ist, sondern ein Organ, das die Rechte und die Interessen der Nation zu vertreten hat. Ich bitte den Reichstag, sich nicht durch die Spitzbüchlein des Reichstanzlers verleiten zu lassen, sondern sich für die Rechte der Nation einzusetzen.

Abg. v. Stumm: Ich bitte den Reichstag zu bedenken, daß der Reichstag nicht ein bloßes Organ ist, sondern ein Organ, das die Rechte und die Interessen der Nation zu vertreten hat. Ich bitte den Reichstag, sich nicht durch die Spitzbüchlein des Reichstanzlers verleiten zu lassen, sondern sich für die Rechte der Nation einzusetzen.

Abg. v. Stumm: Ich bitte den Reichstag zu bedenken, daß der Reichstag nicht ein bloßes Organ ist, sondern ein Organ, das die Rechte und die Interessen der Nation zu vertreten hat. Ich bitte den Reichstag, sich nicht durch die Spitzbüchlein des Reichstanzlers verleiten zu lassen, sondern sich für die Rechte der Nation einzusetzen.

Abg. v. Stumm: Ich bitte den Reichstag zu bedenken, daß der Reichstag nicht ein bloßes Organ ist, sondern ein Organ, das die Rechte und die Interessen der Nation zu vertreten hat. Ich bitte den Reichstag, sich nicht durch die Spitzbüchlein des Reichstanzlers verleiten zu lassen, sondern sich für die Rechte der Nation einzusetzen.

(Heiterkeit.) Auch das Märchen ist zerstört, als ob die Herren nicht gemacht hätten, und durch einen Sturm der Entrüstung die unbenommenen Minister wegzuwerfen. Nein, wir haben ein durchaus homogenes, reaktionäres Ministerium. (Zustimmung links.) Ohne die Befugnisse des Reichstanzlers wäre die Aufhebung des Koalitionsverbots in das Bürgerliche Gesetzbuch hineingeschrieben worden, und das Gesetzbuch wäre auch ohne die Konserbativen zu Stande gekommen. Herr v. Bötticher meint, daß der Reichstanzler kein Autorität sei, aber er selbst sprach von der Verständigung, die zwischen den verbündeten Regierungen bereits stattgefunden hätte. (Hört, hört!) Er meinte, der Reichstanzler konnte nicht wissen, was seine preussischen Kollegen thun würden, und dabei behauptete er, es sei ein alter Herzenswunsch der Minister, das Vereinsgesetz zu verabschieden. Herr v. Stumm fragt, warum wir nicht auf die Ausführungen des Herrn v. Stumm reagiert haben. Ist denn Herr v. Stumm beantwortlicher Minister? (Zuruf links: Mehr als das!) Es giebt allerdings Leute, welche ihn als unverantwortlichen Minister betrachten. Ich berechne ihn als Propheten, der lange voraussieht, was die Minister paier wollen werden. (Heiterkeit.) Herr v. Stumm soll parlamentärnische sein. Ich habe die Nachrede mehr erschüttert als selbst der Rücktritt des Herrn v. Bötticher. Vielleicht ist die Schnelligkeit, mit der die Regierung seine Instruktion ausgeführt hat, eine Entschädigung für ihn (Heiterkeit), wenn er sieht, wie getreu auch in seiner Abwesenheit seine Instruktion befolgt wird. (Heiterkeit.) Der Reichstanzler hat sich auf seine Verantwortung berufen. Sollen wir dort antiquarische Studien machen? Die Anstufsvorlage und das Vereinsgesetz sind ebenbürtige Geschäfte. Minister, die in der öffentlichen Meinung noch etwas zu verlieren haben, sind die gefährlichsten, um eine reaktionäre Regierung einzuleiten: sie decken durch ihren Namen die verdächtigen Bestrebungen, die nachher ein Putsch oder eine Revolution durchführt. Wäre die preussische Regierung gleich an den Landtag herangetreten, so hätte sie auch in dem von ihr so gefürchteten Herrenhause noch Autorität genug gehabt, die Aufhebung des Koalitionsverbots durchzuführen. Aber man hat von Monat zu Monat geschögert. Das Herrenhaus und die konserbativ Partei wurden dadurch provoziert, die schärfsten Forderungen zu stellen. Die Vorlage der Regierung ging ja ursprünglich noch viel weiter, so daß selbst die Freikonserbativen die Sache zu übertrieben fanden. Berichten wir uns doch nicht hinter allerlei Formalien. Die Regierung handelt schnurstracks in entgegengesetzter Richtung, als es der Reichstag verlangt hat.

Der Reichstag hat ein Vereinsgesetz in zweiter Lesung mit großer Mehrheit angenommen, in welchem keine Verschärfungen, sondern nur Erleichterungen verlangt wurden. Wenn man dem gegenüber Verschärfungen vorschlägt, so kann man nicht schärfer dem Willen des Reichstanzlers zuwiderhandeln, und dann das Ausspielen des auf dem Dreifachen-Wahlssystem beruhenden Landtages!

Fürst Bismarck hat es niemals unternommen, die Partikulargesetzgebung gegen die Reichsgesetzgebung ins Feld zu führen. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Ist das ein Reichstag mit liberaler Mehrheit, den man so leicht behandelt? Nein, der Reichstag bringt viele Gesetze zu Stande, die uns auf der Linken zuwider sind. Hat der Reichstag nicht Gelder genug bewilligt für das Landwehr, die Marine, die Kolonien und sogar für die Beamtenbesoldung? Allerdings hat der Reichstag zwei Kreuzer nicht bewilligt, aber 6, 7 Kreuzer sind im Ban. Aber richtet sich die Politik bloß gegen die vaterlandslosen Gejellen, welche die Kreuzer nicht bewilligen haben? Nein, sie richtet sich auch gegen die zahlen Nationalalliberalen, die man sogar verächtlich vorher befragt hat; sie haben die Vorlage abgelehnt; und trotzdem die Nationalalliberalen ausschlaggebend sind im Abgeordnetenhaus, macht man die Vorlage, als ob auch sie vaterlandslos sind. (Heiterkeit.) Wie soll denn die Sache weiter gehen. Wird die Vorlage abgelehnt, dann hat die Regierung sich verhalten, einen Kladderatsch selbst zuzugehen. (Große Heiterkeit.) Man kann allerdings sehr abgelehnt sein, daß man sich in der politischen Durchsichtigkeit aus gar keiner Niederlage etwas macht. (Heiterkeit.)

Wird die Annahme einer solchen Vorlage gar keine politischen Folgen haben? Die Lage des Reichstags und des Landtages sind gefährlich, und die Vorlage hat das Bedenken, daß auch dem Vertrauensverhältnis die Hände von den Augen gerissen wird, daß auch der maßgebende Willen jetzt entstehen wird, was es mit dieser Annahme niederrigen. Aber ich glaube nicht, daß Sie eine gewaltthätige Durchsichtigkeit werden. Ich bitte Sie, Ihnen vollkommenen Glauben. Aber wer kommt nach Ihnen? Sind Sie denn nicht eher ein Gegner? (Große Heiterkeit.) Sie wissen nicht, ob Sie den Abend erleben werden. Ich gönne dem Reichstanzler ein langes Leben, aber ich würde ihn lieber hier schon vor der Thüre, die ihn hinausbringen werden. Und Herr v. Bötticher, so sehr er auch nicht, wird bei einem guten Sturm doch nicht stehen bleiben. (Heiterkeit.) Was rechts haben Sie sich schon allen Halt gemacht, nach links haben Sie den letzten Halt verloren. Wer wird sich also noch sehr darüber kümmern, wenn Sie weggehen? Sie haben nur auf den Reichstag des Jahres zu rechnen, welches jetzt schon Vergangenheit ist, und es nicht mehr zu verlieren. (Zuruf links: Das ist das Bedenken der Regierung!) Das Bedenken der Regierung ist, daß die Vorlage nicht zu befehlen ist, sondern nur zu raten, als die Regierung zuläßt. (Zuruf links: Gut gesagt, Herr!)

Herr v. Stumm: Ich bitte den Reichstag zu bedenken, daß der Reichstag nicht ein bloßes Organ ist, sondern ein Organ, das die Rechte und die Interessen der Nation zu vertreten hat. Ich bitte den Reichstag, sich nicht durch die Spitzbüchlein des Reichstanzlers verleiten zu lassen, sondern sich für die Rechte der Nation einzusetzen.

Herr v. Stumm: Ich bitte den Reichstag zu bedenken, daß der Reichstag nicht ein bloßes Organ ist, sondern ein Organ, das die Rechte und die Interessen der Nation zu vertreten hat. Ich bitte den Reichstag, sich nicht durch die Spitzbüchlein des Reichstanzlers verleiten zu lassen, sondern sich für die Rechte der Nation einzusetzen.

Herr v. Stumm: Ich bitte den Reichstag zu bedenken, daß der Reichstag nicht ein bloßes Organ ist, sondern ein Organ, das die Rechte und die Interessen der Nation zu vertreten hat. Ich bitte den Reichstag, sich nicht durch die Spitzbüchlein des Reichstanzlers verleiten zu lassen, sondern sich für die Rechte der Nation einzusetzen.

Zeit regieren können, das deutsche Reich. (Beifall links.)

Abg. Dr. Kasser mann (nat.-lib.) erklärt namens Fraktion, daß sie dem Antrag zustimmen würde, da sie keinen Grund hätte, von ihrem früher vertretenen Standpunkt abzugehen. Die seine Freunde zu der preussischen Reichsversammlung hätten, hätten sie gestern im Abgeordnetenhaus dargelegt. Geseh hätte schon heute so viel Schaden angerichtet, daß man kaum wieder gut machen könnte. Eine solche Vorlage würde der Sozialdemokratie zu gute kommen; man sollte lieber sorgen, daß die Regierung an Einheitslichkeit und Stetigkeit gehe. (Zuruf links: Hört, hört!) (Beifall links.)

Abg. Fürst v. Hatzfeldt (Pol.) erklärt, daß er sich als untergeordnet dem Antrag gegen den Vorwurf wahrhaftig einer leeren Demonstration entgegennehmen zu haben. Gerade die in der letzten Zeit befolgte Unterdrückungspolitik sei der politische Wähltag erfolgt.

Inzwischen ist von dem Abgeordneten Riedert (Freis.) ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingegangen. Abg. Haußmann (Deutsche Ppt.) bei der Unruhe Haußmann (schwer verständlich) betont, der Reichstag sei in seiner Mehrheit der Ansicht gewesen, daß das Verbot des Koalitionsverbots nur auf die Aufhebung des Koalitionsverbots bezogen die Lehre, die man aus der jetzigen Gestaltung der Sachlage müßte alle Parteien mißtraulich machen. Die Regierung ganz offenbar das Vertrauen des Reichstags getauft. Reichstanzler hat es heute nicht gefallen, Auge in Auge uns zu debattieren; vielleicht hat er sich die Hintertür noch für andere otkroieren lassen (Heiterkeit). Ich will dem Reichstags gerade keinen Dolus vorwerfen, aber doch daran erinnern, daß der Dolus eventualis strafbar ist (Heiterkeit). Man sagt, die Hohenlohe könne nicht, wie er wolle, er sei nur der Mantel, jemand anders bede. Aber was nützt ein Mantel, der immer gerollt wird? (Stürmische Heiterkeit.) Im Abgeordnetenhericht steht der Tanz um das große Ei des Herrn v. B. (Heiterkeit.) Das Ei des Columbus ist es sicher nicht. (Heiterkeit.) In ähnlicher Weise wie jetzt ist auch das Verbot des Koalitionsverbots in Bezug auf die Militärstrafprozessordnung wegdistu worden. Wo bleibt denn der Bundesrat, der doch ein reaktion Geseh des Herrn v. Eulenburg verbindet hat? Die Stellung Fürsten Hohenlohe wird durch solche Gesehe nicht verstärkt, als der Fürst denn, daß er der Situation gewachsen sei? Man weiß uns nicht, was geschieht, wenn Minister verschwinden, Lucan non lucendo. (Große Heiterkeit.) Hierüber noch zu sprechen, ist Eulenburgs nach Spreathen fragen. (Erneute Heiterkeit.) Wo aber heute ein Staatsmann? Niemand kann ihn finden! Wo der Reichstag sich nicht gegen dieses neueste Attertat auf die Freiheit wendet, würde man ihn mit Recht zu den vaterlands Gejellen zählen können. (Beifall links.)

Hierauf wird die Debatte geschlossen. Da ein Antrag Kommissions-Beratung nicht gestellt ist, findet sofort die zweite Lesung statt.

Abg. Zimmermann (Antis.) tritt für den Antrag ein polemisch auf's Heftigste gegen die Konserbativen, deren Standpunkt er nicht begreife. Er greift die sächsische Regierung an, weil Sprachenverordnungs-Protestversammlung in Dresden aufgeworben sei. Für den guten Rat des Herrn v. Bötticher, zu werbe der Reichstag sich, er wisse selbst, was er zu thun hat. Der bürgerliche Freisinn müßte der Regierung die Hand küssen solche Vorlage.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf Hohenthal: Bei der Versammlung in Dresden handelt es sich um einen Protest gegen die sächsische Sprachenverordnung. Was geht uns das an? (Schall des Gelächers.) Der Polizeipräsident hat verboten, daß Ausländer zum Worte gelassen würden. (Lärm. Zuruf: Ausländer? Der Bund!) Wir konnten nicht dulden, daß einer befreundeten Regierung Schwierigkeiten bereitet würden und wollten nicht, daß die Länder sich an der Diskussion beteiligten. (Zuruf: Wo ist das verboten?) Das Geseh gestattet uns, mit Ausländern, die in fallen, zu machen, was wir wollen. (Lärm.) Die Versammlung wurde aufgelöst, weil einem der Ausländer doch das Wort erteilt wurde.

Abg. Zimmermann ruft: Das ist unwahr. Präsident v. Buol ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Hierauf wird die Debatte geschlossen. Besondlich bemerkt.

Abg. Zimmermann: Die Behauptung, daß die Versammlung geschlossen wurde, weil ein Deisterreicher das Wort ergriß, ist unwahr, objektiv unwahr. Sie bedeute, daß der Graf Hohenthal so schlecht unterrichtet ist. Die Versammlung wurde in allen Zeitungen stand, aufgelöst, weil ich Kritik an der sächsische Polizei geübt haben sollte. Hieraus können Sie schon ersehen, welcher Wert den übrigen Bemerkungen des Grafen Hohenthal zuzulegen ist. (Heiterkeit.)

Die namentliche Abstimmung ergiebt mit 207 gegen 1 Stimmen die Annahme des Antrags. Dagegen stimmen nur die Konserbativen und die Reichspartei, dafür alle anderen Parteien. Hierauf vertagt sich das Haus.

Eingegangen ist eine Interpellation des Dr. Hahn (s. l. z.) betreffend das Wegerech der Fischdampfer.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Zweite Beratung des Vereinsgesetzes, Schluß der dritten Beratung des Auswanderungsgesetzes, Schlußabstimmung über das Margarinegesetz, Interpellation Hahn und Handwerkerborlage. Schluß 6 Uhr.)

Der Präsident des Reichstages sowie der Reichstag lehnten heute wegen der wiederholten Beschlußunfähigkeit die laubstige, welche nicht durch Krankheit begründet waren. In daselbe Verfahren soll auch für die weiteren Urlaubsgesuche zur Beendigung der Arbeiten des Reichstags eintreten.

Die antisemitische Presse, die bislang eine sehr zweifelhafte Stellung zur Umstufsvorlage eingenommen hatte, ist durch den Abg. Zimmermann desaboniert. Wie aus dem Parlamentsberichte ersichtlich, wendete sich dieser Redner scharf gegen die Polizeipraktiken in Sachsen. Früher haben die Antisemiten die Polizei scharf gemacht. Nachdem die Polizei auch Antisemiten mit dem Schwerte gegen sich gewandt, wozu sie gewiffen werden, preisst aus einem anderen Loch. Wie lang wird dieser Zugrinn anhalten?

Die preussische Umstufsvorlage.

(Zweiter Verhandlungstag.)

Berlin, 18. Mai 1897.

Heute sah es im Landtage öde und leer aus. Die Parlamentskanonen waren im Reichstag aufgeschahren — dabei selbst ein kräftiges Artilleriefeuer! Im Landtage war noch ein kleines Gepflästel. Nur der „wilde“ Sticker unternahm einen Husarenritt. Der freitbare Gottesmann hieb tapfer ein. Er hatte eine schwere Position. Einmal von seinen ehemaligen Freunden und Kampfgenossen verlassen, schwebt er auf der Rechten — eine ihm jedenfalls arhemliche Nachbarschaft. Sticker zog sich den Grafen seiner Umgebung zu; er bezeichnerte die Umstufsvorlage als vorzügliches Agitations-Material in Händen der „Umstufsparteien“. Zwar will auch Sticker die Sozialdemokratie bekämpfen, doch er weiß nur nicht wie. Sticker wurde von seinem früheren Kollegen Klasing bekämpft. Klasing im Kampfe wider den Umstufz wünschte auf Herr v. B.ö. Aber klar war seine Rede nicht. Abg. gemeine Rederei — und nichts weiter. Gegen die Vorlage sprachen noch Abg. Döwald (natlib.), Rurich (Centr.) und Träger (freis. Ppt.), dann wurde sie an eine Kommission von 23 Mitgliedern verwiesen. Wie wird sie da...

Wird der Welt wieder erblickt? Wird der stammende Protest des Reichstages seine Wirkung ausüben? Borecht glauben wir nicht daran. Die Reaktion hat hier zu mächtige Bundesstruppen. Warten wir ab und agieren wir inzwischen unermüdlich gegen den Ansturm der Reaktion. Jede Minute ist kostbar.

Abgeordnetenhaus.

87. Sitzung vom 18. Mai. Eröffnung 11 Uhr. Die erste Beratung der Veretungsgesetzentwürfe wird fortgesetzt. Abg. Stöcker (Hörsing) bedauert, heute mit der linken gegen die Rechte wenden zu müssen. Die Christlichsozialen haben ja heute besonders von den Mittelparteien scharf angegriffen, als selbst die Sozialdemokraten, obwohl sie in Berlin eine sozialkonservative Bewegung entfacht und der Sozialdemokratie vielfachen Abbruch getan hätten. Von sehr maßgebender Stelle sei eine solche Enttarnung gegen die christlichsozialen Bestrebungen geäußert worden, daß es ihm unzweifelhaft sei, daß dieses Gesetz sofort gegen sie angewendet werden würde. (Sehr richtig im Centrum und links.) Doch diese persönlichen Ergebnisse, die ja in sich vollkommen unsinnig seien, müßten ja vorübergehen, die Hauptsache sei für ihn die nachteilige Wirkung dieser Vorlage zu sein. Denn die Vorlage werde die Sozialdemokratie nur stärken. (Sehr richtig im Centrum und links.) Und dann, müßte er sich doch fragen: Warum kommt man gerade jetzt mit diesem Gesetz? Er würde es begreifen, wenn es gekommen wäre, als die sozialdemokratische Agitation auf ihrer Höhe war und vor nichts zurückschreckte; aber was könnte jetzt die Ursache sein? Im Lande glaube man weit hin, daß das Gesetz den Bestrebungen des Herrn von Stumm, die unteren Volksklassen stumm zu machen, folge. (Weiterzeit.) Das Gesetz schiene dem großkapitalistischen Interesse dienen zu sollen. (Wohlfahrt widerstrebt rechts.) Die Sozialdemokratie sei nicht mehr so bössartig wie früher (Widerstrebt rechts) und zwar stärker, aber doch innerlich geschwächt durch verschiedene Richtungen, die teils von dem agrarischen, teils von dem nationalen, teils von dem religiösen Prinzip ausgehen. Die Sozialdemokratie als solche sei nicht zu unterdrücken, aber man müsse ihr durch Einwirkungen von außen allmählich ein anderes Bild zu geben suchen; sie sei ja schon jetzt eine, wenn auch noch sehr wilde, parlamentarische Partei geworden. Durch Gewaltmaßnahmen, auch durch dieses Veretungsgesetz, würden die Spaltungen in der Sozialdemokratie befeitigt, dieselbe wieder zu einem festen geschlossenen Widerstand vereinigt werden. (Sehr wahr im Centr. und links) gerade wie durch den Kulturkampf den inneren Kämpfen in der katholischen Kirche ein Ende gemacht worden sei. (Sehr wahr, links.) Geistige Bewegungen könne man überhaupt nicht durch eine solche geistlose Politik bekämpfen. Es sei auch nicht richtig, die sozialen Agitationen einseitig treffen zu wollen, die zahllosen Vereine aber ruhig gewähren zu lassen, die der sittlichen Verwilderung und Verbummelung dienen. Und welchen Eindruck mache die Einbringung der Novelle, wenige Tage nachdem der Reichstangler nach seiner persönlichen Meinung die Veretigung der Novelle in dieser Session als zweifelhaft hingestellt hatte! Redner geht dann auf die Einzelheiten ein und schließt: Dieses Gesetz komme ihm so vor, als wolle man einen armen Kranken durch das Ausziehen eines Beines kurieren. (Weiterzeit und Beifall im Centrum und links, Hörsing rechts.)

Abg. Klasing (konf.) bedauert auch, den Abg. Stöcker auf der anderen Seite zu sehen, aber die Schuld an dem Gegensatz zwischen dem Abg. Stöcker und den Konserverativen trage Herr Stöcker, denn dieser, nicht die Konserverativen hätten sich verändert. (Zustimmung rechts.) Im schärfsten Gegensatz ständen seine Freunde zu Stöckers aplombischer Auffassung von der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie kann nicht eines Besseren überzeugt werden, weil sie nicht überzeugt werden will. Auch wir wollen keinen Mißgeschick, aber das schließt doch ein zeitweises Zusammengehen in den praktischen politischen Aufgaben nicht aus. Herr Dr. Krause sprach geringfügig von „Polizeimäßigem“, ich nenne das Anwendung der Machtmittel des Staats. (Weiterzeit links und im Centrum.) Die nationalliberale Partei trage vor dem ganzen Lande die Verantwortlichkeit für das ärmliche Nationalzustandkommen dieser Vorlage. (Rufe: Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Wir wollen alles thun, um die Vorlage zu fände zu bringen, und deshalb auch gern mit Ihnen verhandeln, um eine Verständigung herbeizuführen. Ich beantrage deshalb, die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Motzky (Pole) bekämpft die Vorlage im Namen der Polen. Man sagt uns, wir müßten Vertrauen zu den Behörden haben, aber die Erfahrungen geben eine andere Lehre; ich verweise nur auf die bei uns in der Interpellation hier und im Reichstage zur Sprache gebrachten ungeschicklichen Verbote von Versammlungen. Die jetzige Vorlage ist viel gefährlicher als das gewesene Sozialistengesetz, weil sie gegen alle Parteien anwendbar ist. (Bravos.)

Abg. v. Pöhl (konf.) ist sehr einverstanden mit der Befestigung des Verbindungswegs und verlangt im übrigen von der Kommission die Entfernung alles Verschömmenen und Unklaren, damit es deutlich werde, daß nur der Ansturm, der Kampf gegen Monarchie und Religion getroffen werden solle. Redner verteidigt dann den „Bund der Landwirte“ und dessen Deutsche Tageszeitung gegen den Abgeordneten Aldert, sowie auch den Stolper Landrat, dessen verhasste Pflicht und Schuldigkeit es sei, heftigsten Bestrebungen, wie denen des Vereins „Nordost“, entgegenzutreten.

Abg. Dr. Oswald (nat-lib.) spricht gegen die Vorlage. Eine Reihe konserverativer und freikonserverativer Redner, welche aufgerufen werden, beziehen auf das Wort. Unter großer Umruhe des Hauses setzt alsdann Abg. Kirich (Chr.) vom juristischen Standpunkt die Unannehmlichkeit der Regierungsvorlage auseinander.

Abg. Traeger widerspricht zunächst der Kommissionsberatung namens der freisinnigen Volkspartei. Der Redner rühmt der Begründung des Entwurfs eines nach, nämlich eine bei aller Kernlichkeit doch lobenswerte Ehrlichkeit. Hätte sich diese Ehrlichkeit auch auf die Ueberschrift des Gesetzentwurfes erstreckt, dann hätte sie lauten müssen: Entwurf zur Befestigung der verfassungsmäßigen Vereins- und Versammlungsfreiheit. Des weiteren erklärt der Redner, daß die Vorlage dieses Entwurfs einem Vertrauensbruch gleich zu sein und die Verhandlungen zu unterbrechen zu müssen. Allein die Thatfachen zwingen ihn dazu.

In diesem Gesetzentwurf erblickt der Redner nichts anderes als die Mobilmachung der Polizei gegen die Befassung. Nach der Rede des Abg. Traeger wurde ein Schlußantrag gestellt und angenommen. Es folgen einige persönliche Bemerkungen. Der Entwurf wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Politische und volkswirtschaftliche Aherberst.
Eine harte Strafe. Der von der sächsischen Militärverwaltung gegen die sozialdemokratischen Journalisten Schulze und Reichard angebrachte Prozeß endete mit der Verurteilung beider. Schulze wurde zu zehn

Monaten und Reichard zu einem Jahr Gefängnis wegen Verletzung von Militärgeheimnissen verurteilt. Beide wurden sofort in Haft genommen. Wir kommen morgen auf den Prozeß zurück.

Die Sonntagsummer der Münchener Freien Presse wurde am Sonnabend abend, nachdem der größte Teil der Auflage bereits ausgegeben war, vollständig zerstört. Der Redakteur Ruhn wurde, wie das Blatt mitteilt, verhaftet.

Die preussischen Regierungsbehörden haben an die Schulvorstände und städtischen Schulverwaltungen soeben eine Anweisung zur **Beaufsichtigung und Unterhaltung der Schulgebäude** erlassen. Danach haben alljährlich bei Beginn des Schuljahres die Schulvorstände z. eine genaue Befichtigung der Schulgebäude unter Zuziehung eines Bau Sachverständigen vorzunehmen. Diese Befichtigung hat sich auf sämtliche Räume der Gebäude, insbesondere auch auf die Dächer, Aborte und Urzäunungen zu erstrecken. Die Vorsitzenden der Schulvorstände sind für die pünktliche Ausführung dieser fährlichen Befichtigungen verantwortlich und haben deren Ergebnis nebst den Anordnungen, die für erforderlich erachtet werden, in einer Verhandlung an Ort und Stelle sofort schriftlich festzustellen. Es ist streng darauf zu halten, daß vorgefundene kleinere Mängel an den Bauteilen unverzüglich beseitigt werden. Ueber größere Ausbesserungen und Umdöber Neubauten ist gleichfalls umgestimmt die Beschlußfassung der Baupflichtigen herbeizuführen. Von der genaue Befichtigung dieser Anweisung wird die Genehmigung der Gesuche um bauliche Staatsbeihilfen und Gnadengeschenke abhängig gemacht. Die Anweisung ist anscheinend aus Grund der verschiedenen Vorkommnisse der jüngsten Zeit erfolgt, wodurch bedenkliche Mißstände mancher Schulhäuser zu Tage traten. — Hat es erst so entsetzlicher Unglücksfälle bedurft, um diese Maßregel anzuregen? —

Durch eine Verfügung des Finanzministers ist angeordnet worden, daß die **Gesundheitsaufseher**, welche Medizinalbeamte für Militärärzte ausstellen, einer Steuer von 150 Mk. gemäß des neuen Stempelsteuergesetzes unterworfen sind, die der Militärärzte zu zahlen hat. Maßgebend für diese Anordnung, heißt es, ist gewesen, daß diese Dokumente die Privatinteressen der Anwärter fördern.

Italien.

In Tode geprügelt.

In der vorgestrigen Sitzung der italienischen Deputiertenkammer brachte Cavallotti eine Interpellation ein über den Tod des Arbeiters Frezzi, welcher infolge der im Polizeigefängnis von San Michele erlittenen Mißhandlungen gestorben sein soll. Frezzi war nach dem Attentat auf den König als der Teilnehmer an dem Attentat verdächtig. Der Justizminister erklärte, daß er nach den ersten Informationen geglaubt habe, es handle sich wirklich um einen Selbstmord. In der Folge habe er jedoch den Eindruck empfunden, daß man auf Grund der Möglichkeit eines Delikts eine Untersuchung einleiten müsse. (Das heißt mit anderen Worten, an Frezzi ist ein Verbrechen begangen worden; er soll zu Tode geprügelt worden sein.) Er habe hierüber die Behörde verständigt, welche sofort die Verhaftung mehrerer Polizisten anordnete, die in dem Augenblick den Dienst verließen, als Frezzi starb. Die Justiz verfolge die Untersuchung unabhängig von jedem Einfluß. Der Ministerpräsident erklärte, er habe schon seit längerer Zeit die Notwendigkeit einer Reform des öffentlichen Sicherheitsdienstes erkannt, er klage weder jemand an, noch rechtfertige er jemand in dem Falle Frezzi. Er erwarte den Beschluß der Behörde. Der Ministerpräsident sagte schließlich, man möge jeden Mißbrauch zur Kenntnis bringen, doch möge man sich enthalten, den öffentlichen Sicherheitsdienst, welcher Ehre und Leben der Bürger beschütze, zu diskreditieren. Die sozialistischen Deputierten Costa und Navaglio interpellierten gleichfalls über den Tod Frezzis. Costa beantragte dann eine Resolution, betreffend die Schadloshaltung der Familie Frezzi. Der Ministerpräsident erklärte, daß er einen Tag bestimmen werde, an welchem er sich über den Beschlußantrag erklären werde.

Türkei.

Vom Kriegsschauplatz.

Aus London berichtet Wolffs Telegraphenbureau: Das neutürkische Bureau verbreitet ein aus Konstantinopel von heute datiertes Telegramm, woraus an Othman Pascha der Befehl ergangen sei, die Feindseligkeiten einzustellen.

Griechenland.

Volkstniedergegangen in Athen.

Von allen Seiten gehen Nachrichten ein, daß es vorgestern in Athen wild herging, und daß antidynastische Kundgebungen stattgefunden. Die erregte Menge drang bis in die Bureau des Marineministers. Der Thron wackelt! —

Tages-Chronik.

Magdeburg, den 19. Mai 1897.

„Kaiserbesuch, ev. Anzug hierbei“ lautet der 3. Punkt der Tagesordnung einer Sitzung des Junungs-Ausschusses. Die Junungsmitglieder beabsichtigen also, ihren Arbeitern abermal einen Feiertag anzuerlegen. Thun sie es, dann mögen sie diesen Tag

nach Lust und Laune sich zu einem beliebigen Tage verhalten. Im übrigen haben die Arbeiter zu entscheiden, ob sie einen Aufzug mitmachen wollen. Die Junungsmitglieder mögen nicht glauben, über die Arbeiter je nach Belieben verfügen zu können. Wie wir erfahren haben, beschäftigen sich organisierte Arbeiter bereits mit dieser Sache.

Hochwasser. Wie die Elbstromüberwallung mitteilt, wird infolge verstärkten Zuflusses aus den Quellgebieten der Elbe nach der Vorlage der hydrographischen Landesabteilung zu Magdeburg der Elbe in Lorzau am Donnerstag voranschreitlich 5 Meter am Pegel erreichen. Im Gebiet der Mühe und Gänge sind Anschwellungen von Belang nicht eingetreten, so daß in Wittenberg ein Wasserstand von 4,25 Meter, in Roslau von 4 Meter, in Darby von 4,15 Meter, in Magdeburg von 3,6 Meter, in Langenmünde von 4,1 Meter und in Sandau von 4,1 Meter am Pegel zu erwarten ist. (Siehe auch Mitteilungen unter Neueste Nachrichten.)

Ein Messerhieb. der Tapezierer Herbst, wurde Montag abend verhaftet. Er hat bei einem Streite vor dem Hause Junungsamtstraße 1 den Schneider Tegner tief in die Seite gestochen.

Vermishtes.

Risiko der Arbeit. Vöchten Sonnabend verunglückten in einem Steinbrüche bei Au (Westerwald) zwei Arbeiter. Einer — Vater einer großen Familie — war sofort tot, der andere wurde schwer verletzt.

Auf der Hochseereise ertrunken. Am Donnerstag voriger Woche führte in Bandsbut der Regierungssapfeer Gerlsped seine Gattin heim und trat mit ihr eine Hochseereise nach Oberitalien an. Jetzt trifft aus Riva die Nachricht ein, daß das Boot des jungen Paares auf dem Gardasee umkippte und Gerlsped ertrank. Die junge Frau wurde gerettet.

Als Mörder verhaftet wurde in Heidelberg der Buchbinder Wilhelm Bruggemann. Derselbe hat in der Nacht zum 11. Mai in Mannheim bei einem Kaufhandel wegen eines Frauenzimmers den Kelner Roeder erschossen.

Neueste Nachrichten.

Magdeburg. Tischlerbewegung. Die Tischler befinden sich in einer Lohnbewegung. Von 83 Werkstätten haben 21 (mit 114 Gesellen) die Forderungen bewilligt, 19 (mit 238 Gesellen) erbaten sich Verdätszeit. Von den letzteren Gesellen erhalten 185 den Minimallohn (einen Teil der Forderungen). 23 Meister lassen sich auf nichts ein. Die Tischler in und um Magdeburg werden um moralische Unterstützung ersucht.

Magdeburg. Polizeibeleidigung? Das Strafverfahren wider unseren Redakteur Bahle wegen Polizeibeleidigung (Verleacht Artikel: 8 Tage in Holland) ist eingestellt worden. Dafür ist aber ein anderes Verfahren wegen angeblicher Polizeibeleidigung eingeleitet worden. Diesmal wird die Beleidigung gesucht in unserem Bericht über die Raifeier in Magdeburg. Wir erwarten auch hier ein Einstellen des Verfahrens oder eine Freisprechung.

Auffig. Da in den letzten Tagen starker Regen und Wolkenbrüche stattgefunden, wird ein starkes Steigen der Elbe beobachtet. Die Landleute befürchten die Verächtigung ihrer Saaten durch Hochwasser.

Halle a. S. Der Schniebestreit ist siegreich beendet. Drei Wochen dauerte der Streit. Es handelte sich befanntlich namentlich um Durchführung der Forderung, daß die Gesellen nicht mehr in Kost und Logis bei ihren Meistern wohnen sollten und dementsprechend eine Erhöhung des Wochenlohns von 6 auf 18 Mark im Minimum eintrete.

Leipzig. Nachdem die Unternehmer das Versprechen gaben, die Löhne um 5 bis 10 Prozent aufzubessern, erklärten sich die streikenden Risten- und Kofferbauer zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit.

Prag. Die Elbe ist derartig gestiegen, daß der Unschlagsplatz Laube geräumt und die gesamte Elbeschiffahrt eingestellt werden mußte. Weiteres Steigen wird signalisiert.

Wien. Auf den Werken der Union-Baumaterialien-Gesellschaft in Siebenbrunn und Umgebung stellten 3000 Fiegelarbeiter die Arbeit ein.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Gewerkschaftsartikel Burg. Donnerstag, den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Herrn Jesse. Pünktliches Erscheinen ist notwendig.

Städtischer Schlacht- und Viehhof.

(Mittlicher Marktbericht der Direktion.)
Auftrieb am Dienstag, den 18. Mai 1897: 122 Rinder (einschließlich 22 Bullen); 250 Kühe; 123 Schafstich pp., 684 Schweine (einschl. ausländische Schweine). — Preise: Ochsen Ia 29—30, IIa 27—28, IIIa 25—26; Bullen Ia 25—27, IIa 22—24; Rüh Ia 24—25, IIIa 20—23; Kälber Ia 35—40, IIa 27—34; Schafe 20—23; Hammel 24—26; Gämmer — Markt für 50 Rilo Lebendgewicht; Schweine 45—49, Ausnahmen — Sauen 40—43, Eber — Markt für 50 Rilo Schlachtgewicht. Schweine werden nach Lebendgewicht mit 40—50 Pfd. Tara pro Stück, schwere Schweine mit höherer Tara, Sauen und Eber mit 20 Prozent Tara verkauft. Tendenz: schlepplend. — Am Schluß des Marktes gingen bei Schweinen die Preise: Ueberstand: 20 Rinder, 20 Schafe, 60 Schweine. — Magdeburg, den 18. Mai 1897.

Der Direktor geg. Colberg.

Quittung.

Für die freikindenden Gasenarbeiter in Magdeburg, deren Frauen und Kinder gingen bei uns ein: Gmigkeit, Neustadt 2,20. — Unbekannt, Diesdorf 0,50. — Von den Malern in Neuhaldensleben 8,00. — Die Expedition

In Parteilucken gingen ein: Dreherei Sartett Smith 3,75. — R. S. Arbeit am 1. Mai 2,1. — Geheden 3,00. — Raifeier bei Hermann 1,35. — Gr. 1,00. — Gmmitas 0,50. — Schußmachermeister 2,300. — W. R., Busau 0,80. — Linsenpart 0,20. — Linsenpart 152,20. — Geburtstagsfeier Sünderburg 3,00. — Rote Quaste Weber 42,35. — Buchdrucker D. D. 1,00. — Albert Vater, Vertrauensmann.

Carl Wehmer Nchf.
Zah. Carl Schröder
Sudenburg, Breiteweg 106a
empfehl
zum Pfingstfeste! 1034

Kleiderstoffe
hell und dunkelfarbig, nur Neuheiten.
Reinwoll. Roben
für 4,50, 5,40, 6,00, 7,20 bis 18 Mk.
Hauskleiderstoffe
p. Nr. 33, 35, 42, 45 — 75 Pf.

Waschstoffe
in schönen neuen Mustern, wie:
Batiste, Crepes, Ripse, Kaschmirs, Kadapolams usw.
in großer Auswahl, sehr billig.

Hüte
für Herren und Knaben in weichen und harten Stoffs.
Strohüte
enorme Auswahl in 45 Pf. an.
Mützen
alle neuen Facons, von 50 Pf. an.
Radfahrer-Mützen

Neuheiten in
Schlipsen
enorme Auswahl in allen Preislagen.
Regenschirme.
Wäsche für Herren
wie: Oberhemden, Servietten, Kragen, Manschetten.
Sporthemden, sehr billig.

Großes Lager von
Tugen u. Subskins
in feinen Qualitäten.
Anfertigung
feiner
Herren-Garderobe
nach Maß, unter Garantie für guten Sitz bei billig gestellten Preisen.

Hermann Liebau
Breiteweg 127 I

Ecke Schrotdorferstraße, gegenüber der Katharinenkirche
liefert an jedermann

Waren und Möbel

auf Abzahlung
mit kleiner Anzahlung und leichten Zahlungsbedingungen.

Größtes Unternehmen dieser Art.

Cigarren

ff. Qualitäten in all. Preislagen.
Billige Bezugsquelle
für Wiederverkäufer.

Carl Beckurs

Magdebg.-Sudenburg
Breiteweg 30c. 765

Sehr schöne weichkochende
grüne Bohnen

Pfd. 10 Pfg. 937

saure Gurken

3 auch 4 Stück 10 Pfg., auch schokweisse

Senfgurken
Pfd. 25 Pfg.

A. Lange, Bismarck, Martinstraße 1.

Zu haben

in den meisten Kolonialwaren-, Dro-
guen- und Seifen-Handlungen.

Dr. Thompson's
Seifenpulver



Ist das beste u. im Gebrauch billigste
und bequemste

Waschmittel
der Welt.

Man achte genau auf den Namen
„Dr. Thompson“
und die Schutzmarke „Schwan“.

Mit festem Gehalt

verbundene Agentur an jedem Orte an
fleißigen und ehrenhaften Herrn zu ver-
geben. Dießige Handwerker und Arbeiter
werden gern berücksichtigt. Gest. Off. an
W. O. Engel, Generalagent, Magde-
burg, Heiligegeiststraße 12, erbeten.

Sommer-Hosen

in enorm großer Auswahl, eigenes
Fabrikat, darzögl. bequemer Schnitt,
sehr gut sitzend, extra stark gearbeitet,
in einfarbig und gefärbt, mit Schlitze
oder mit Klappe zu jedem Preise.

Sommer-Joppen

in grün, braun oder dunkel, mit Zug.

Schul-Anzüge

für Knaben, in d. besten Waschtöfen.

Manchester-Sammet

ganz weich, in Haltbarkeit unbewüß-
lich, zu Kinder-Anzügen, empfiehlt

G. Gehse
Johannisfahrtstraße 14
Engl. Feder-Hofen-Fabrik.

Allen Freunden und Bekannten
die trauernde Nachricht, daß unser lieber
Sohn und Bruder

Wilhelm Mainz

nach langen schweren Krankenlager
entschlafen ist. Um hülles Beileid
biten Die trauernden Eltern
nebst Bruder.

Die Beerdigung findet Donnerstag,
den 20. Mai, abends 6 Uhr, vom
Trauerhause, Friedhofstraße, Kirch-
hofe 2, aus statt. 148

Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem zur Nachricht, daß meine
liebe Frau und unsere gute Mutter
am Dienstag, den 15. d. M., nachts
1/1 Uhr nach kurzer Krankheit
entschlafen ist. Die Beerdigung
findet Donnerstag, den
17. d. M., abends 5 1/2 Uhr vom Trauer-
hause, Charlottenstr. 13, aus statt.
149 Louis Jacob nebst Kindern.

CIRCUS-
THEATER

TÄGLICH
8 Uhr
Specialitäten-
Vorstellung

WELT-PROGRAMM

Vittoria-Theater.

Donnerstag, den 20. Mai.
Probität! Zum 3. Male: Novität
Baya Nitsche.
Kostspiel in 4 Akten von Leo Stein
und Oskar Langher.

Stellen-Angebote.

Unentgeltlicher Arbeits-Nachweis
der Gewerkschaften Magdeburgs
(Kleine Klosterstraße 15/16): Weber,
Tischler, 3 Wagenlackerer, 1 Bürsten-
macher, 3 Former, 1 Schlosser auf
und Gitter, 1 Tapezierer, 3 Schuh-
macher, 1 Kaufmische.

Stellen-Gesuche.

Unentgeltlicher Arbeits-Nachweis
der Gewerkschaften Magdeburgs
(Klosterstr. 15/16): Klempner, Schwei-
ßer, Maurer, Töpfer, Zimmerleute, Arbeiter
und eine Anzahl Frauen und Mädchen.

Standesamt.

Magdeburg, den 18. Mai 1897.
Aufgebote: Maler August Peter
in Neustadt mit Martha Herrling
Dessau. Grubenarbeiter Friedrich Aug.
Albrecht mit Emma Marie Dornitz
Nagel in Südenberg. Maler Berth. J.
mit Elisabeth Hundt hier.

G e h e l i e h u n g e n : Stabsarzt
Feld-Dr. Med. Nr. 22 Hugo Meiner
in Minden mit Margarete Paschke
Buchhalter Paul Dittmar in Düssel-
dorf mit Katharine Wotfch hier.

G e b u r t e n : Gisela, T. des Schnei-
denmeisters Otto Scholtbach, Willy,
des Arbeiters Hermann Dammert,
Jda, T. des Schutzmanns Herrn. Kam-
richard, S. des Kaufm. Herrn. Rich-
ardt, S. des Prem.-Leutnants in
II. Jng.-Rang Hans Krause. Hubert,
des Maurermeisters Peter Geimer. Van-
S. des Arbeiters Friedrich Glas,
Walther, S. des Kupferschmieds Ernst
Friedrich, S. des Schuhmachers Fried-
helm Klein, Paul, S. des Buchbinders
Walter, S. des Schmieds
Herm. Adam, Richard, S. des Malers
Albert Stertin, Paul, S. des
Arbeitschmieds Paul Jürgen, Otto, S. des
Handelschmieds Hugo Ehrde, Paul,
S. des Buchhalters Paul Weigel.

Todesfälle: Jda geb. Krüger, Ge-
frau des Buchhändlers August Helmig,
27 J. 11 M. 28 J. Paul, S. des
Tischlers Otto Marx, 2 M. 7 J. Je-
hanna, T. des Handwerkschmieds Herr.
Madach, 3 J. 5 M. 10 J. Wilh. Marie,
Schloffer, 22 J. 3 M. 7 J. Sophie
Kloß, Wwe. des Fleischermeisters Herr.
Karnowski, 65 J. 5 M. 15 J. Ge-
unehelich, 6 M. 5 J.

Magdeburg, 17. Mai 1897.
Geburten: Oskar, S. des
Willy Schnell. Elsa Kathilde, unehel.
Walter, S. des Handwerkschmieds Herr.
Oskar, S. des Schuhmachers Karl Ge-
meyer, Erich, unehelich. Minna, T. des
Herr. Heinrich Heise. Otto, S. des
Schmieds Andreas Müller.

Am 18. Mai
Geheliehung: Klempner
Albert Wichmann mit Witwe Ger-
höder hier.
Geburten: Theresie, T. des
Max Weine. Gertrud, T. des Arbeit-
ers Eduard Kullmann. Walter, S. des
Karl Seils.

Todesfälle: Meta geb. Grotzsch,
geborene Ehefrau des Arbeiters Karl
24 J. 9 M. 6 J. Martha, T. d. Ge-
helfers Wilhelm Schmieds, 1 G. 2 M. 15 J.

Charlote, T. des Arbeiters Franz
Kenzel, 2 M. 16 J. Otto Brecht,
Friedrich, 45 J. 6 M. 17 J.

Magdeburg, den 15. Mai 1897.
Aufgebote: Arbeiter Martin Fried-
rich hier mit Marie Emma Koenig
Gehden. Former Karl Julius
Tredler mit Emma Minna Luise
Geburten: Hans, S. des
Gehilfen Erich, Hans, S. des
Karl Wolf. Hans, S. des Kaufm.
August Stöckel.

Todesfälle: Arb.-Invalide
Hagel, 44 J. 2 M. 4 J. Hermann,
des Drehters Herr. Freund, 6 M. 12 J.

Magdeburg, den 15. Mai 1897.
Aufgebote: Fabrikant Aug.
Jüling mit Anguine Marie Sophie
Klempner Karl Oskar Ray mit
Elise Karoline Wagner.

Geheliehung: Schlosser
Fischel mit Marie Emma Hand-
macher Herr. Behrens mit Luise
geb. Frauenheim. — Ingenieur
Jande in Halle a. S. mit Helene
Geburten: Karl, S. des
Hilfsbreiters Heinrich Wögel, Elisabeth,
T. des Arb. Albert Seeger. Walter,
des Bauarbeiters Karl Jandt. Karle
des Bauar. Johannes Alfred Bendy.

Hierzu eine Beilage, sowie Regen
des Romans Der Rabob.

Zwei öffentliche Volksversammlungen

1. Mittwoch, den 19. Mai 1897, abends 8 Uhr
in der „Zerbster Bierhalle“, Sudenburg.

2. Donnerstag, den 20. Mai 1897, abends 8 Uhr
im „Weissen Hirsch“, Neue Neustadt.

Tages-Ordnung:

Deutsche Kolonisationsbestrebungen.

Referent: Schuhmachermeister Theodor Metzner-Berlin.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vertrauensmann der Sozialdemokraten Magdeburgs.

Den Mitgliedern des Central-Verbandes Deutscher
Zimmerer (Zahlstelle Groß-Dietzeleben) zur Kenntnis,
daß am **Sonnabend, den 22. Mai 1897** das diesjährige
Stiftungsfest im Lokale des Herrn Fr. Strampf
stattfindet. Anfang abends 7 Uhr. Gäste durch Mitglieder
eingeführt, haben Zutritt.

Der Vorstand.

Margarine!

Von heute ab in meinem Geschäft in

Wilhelmstadt

Jurgens-Prinzens
feinste Sahnen-Margarine

1 Pfund gratis

Abends 10 ganze oder 20 halbe Pfunde zusammen werden.

Otto Töpfer

Wilhelmstadt, Gr. Diesdorferstr. 217.

Großer Möbel- Verkauf.

20 Divans in allen nur denk-
baren feinen Sorten, 30, 35, 40,
45-65 Mk., Sofas, hochrein, 30,
36, 40-54 Mk., Kleiderschränke,
Vertikows u. Anschlagstab, auch
45 Mk., einfacher Kleiderschrank,
auch inilirt, Anschlagstab, hochf.
36 Mk., Schließern mit Matr. 30
bis 45 Mk., Plüschgarnitur 120 bis
300 Mk., in jed. neuen Facon, alle
anderen Möbel billig. Kuchenschrank
und Anrichte 18-24 Mk., ganz
ausstellende 200-3000 Mk. in
jeder Auswahl im

größten Spezial-Möbel-
Geschäft

J. Mook
Züchlermeister
Magdeburg
Berlinerstraße 30.

Günstigste Gelegenheit für
Magdeburg und Umgegend.
Auch für Wiederverkäufer
passend.

Bitte genau auf Firma und
große Schenkblätter zu achten.

30 Stund Betten
sollen für den Sommer von am 13.
15, 17, 22 und 28 Mk. das voll-
ständige Gebett verkauft werden

Katharinenstr. 8, part.

Westf. Quarkwürst
Westf. Wurstschmalz

Geräucherte Schinkenbeine

Ewald Reinoga
Breitweg 181
Eingang Schmiedstraße.

Pragis. Bettfedern
sollen nach Peterstr. 15, 1 Tr.

S. Osswald
Berliner Weg 34, 1 Tr.

Die planmäßige Bekämpfung der Schwindsucht.

Auf der sechsten Konferenz der Zentralstelle für Arbeiter-wohlthätigkeits-Einrichtungen, die am Montag und Dienstag in Frankfurt a. M. tagte und von 170 Personen besucht war, hielt am zweiten Sitzungstage Herr Dr. Pannowitz-Berlin einen Vortrag über die planmäßige Bekämpfung der Schwindsucht durch Errichtung von Heilanstalten für Lungenkranke, welchem Vortrage sich ein Korreferat des Herrn Landrats Dr. Viebrecht, Vorsitzender der „Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Hannover“ anschloß. Die Ausführungen des Herrn Dr. Viebrecht, die Zeugnis ablegten von einer nicht unbedeutenden Kenntnis der bei der Bekämpfung der Lungenkrankheit, dieser Volkspest, in Frage kommenden Verhältnisse, verdienen es, wenn auch nur im Auszuge, in weitesten Kreisen bekannt zu werden. Nach einem Bericht des hannoverschen Couriers führte Dr. Viebrecht, der ein warmer Befürworter von Heilanstalten für Lungenkranke, u. a. aus: „Die bisher gemachten Erfahrungen haben gelehrt, daß auch bei der Lungenkrankheit alles darauf ankommt, daß der Beginn der Krankheit rechtzeitig erkannt und die Krankenfürsorge frühzeitig übernommen wird. Leider erfahren die Versicherungsanstalten noch in vielen Fällen erst zu spät etwas von dem Kranken, zu spät, als daß es nützte, noch einen Heilversuch zu machen. Schuld daran sind 1. die Patienten selbst, die ihren kranken Zustand nicht beachten, 2. die Not und die Sorge um das tägliche Brot, die nicht gestatten, daß der Mensch, der von seiner Arbeit lebt, sein Tagewerk niederlegt, so lange er noch — wenn auch mit Anstrengung — arbeiten kann, 3. die gesetzlichen Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes, die den Kranken erst erwerbsunfähig sein lassen, ehe er Unterstützung verlangen kann, und die eine vorbeugende Krankenbehandlung nicht zulassen, 4. die Ärzte, die es nicht selten unterlassen, den äußerlich noch gesund und arbeitskräftig aussehenden Patienten gehörig zu untersuchen, und die, wenn sie auch die richtige Diagnose stellen, es veräumen, den in Sachen des öffentlichen Rechts meistens unerfahrenen Patienten zu belehren, mit Rat und That auch über das Receptschreiben hinaus zu unterstützen. Kurze gemeinverständliche Belehrungen über die Entstehung, das Wesen und die Bekämpfung der Lungenkrankheit müßten in großen Mengen gedruckt und unter das Volk gebracht werden, in Tagesblättern und Zeitschriften müßte dieser Gegenstand immer und immer wieder erörtert werden, bis endlich jeder auf seine Person so viel achtete, daß er zu rechter Zeit die Hilfe des Arztes in Anspruch nehme. Die Ärzte aber müßten sämtlich in der sozialpolitischen Gesetzgebung und den auf diese sich gründenden Bestrebungen so viel zu Hause sein, daß sie in der Lage wären, ihren Patienten Rat auch in dieser Beziehung erteilen zu können. Sie würden bei allen gegen Invalidität versicherten Patienten, ob sie einer Krankenkasse angehören oder nicht, der Versicherungsanstalt direkt Anzeige von einem zur Krankenfürsorge geeigneten Falle zu machen haben. Die Versicherungsanstalt ihrerseits würde dann das Weitere rasch, eventuell durch den Krankentassenvorstand, veranlassen können. Auf die Thätig-

keit der Ärzte allein kann indessen nicht überall gerechnet werden. In den Städten und auf dem Lande, vorzugsweise aber in den Städten wird es nötig sein, noch andere Organe für die Fürsorge für kranke Arbeiter zu gewinnen.“ — In seinem Schlußwort führte dann Herr Dr. Pannowitz u. a. noch aus: „Die Tuberkulose steht im Kernpunkt des sozialen Elends, ihre Abwehr sei Brennpunkt aller Gesundheitspflege. Für die Bekämpfung dieser verheerendsten Volkskrankheit müßten alle Kräfte gewonnen werden. Diese Frage dürfe nicht von der Tagesordnung verschwinden, bis das Gebiet geklärt sei.“ —

Es ist sowohl in volkswirtschaftlicher als in hygienischer Hinsicht gewiß ein löbliches Beginnen, Mittel und Wege ausfindig zu machen und wenn möglich, Einrichtungen zu schaffen, um dieser so weit verbreiteten Krankheit, die alljährlich in Deutschland allein 170—180000 Menschen dahintrafft, Abbruch zu thun, die Zahl der Opfer einzuschränken. Daß es möglich, Lungenkranke zu heilen, bezw. die Leiden zu lindern und das Leben der daran Erkrankten zu verlängern, wenn die nötigen Vorbedingungen dazu gegeben sind, das heißt, wenn die Erkrankten rechtzeitig in allen diesbezüglichen Ansprüchen genügenden Anstalten untergebracht werden, wie sie schon hin und wieder — und nicht nur in Deutschland, sogar in unserer Provinz vorhanden sind, — darüber kann nach den gemachten Erfahrungen kein Zweifel mehr obwalten.

Die Ausführungen des Herrn Dr. Viebrecht bilden aber auch eine herbe Kritik an den bestehenden Zuständen. Wer ist denn verantwortlich dafür zu machen, daß die Krankenfürsorge für Lungenkranke nicht rechtzeitig übernommen wird? Trägt da nicht einen sehr großen Teil der Schuld das System der Massenärzte, das so manchen Arzt zwingt, die Untersuchung nur oberflächlich vorzunehmen und bei seinen Anordnungen besonders den ev. Kostenpunkt in Betracht zu ziehen? Wer zwingt denn den kranken Arbeiter, bis zur Erschöpfung zu arbeiten, auch wenn er sich noch so hilflos und krank fühlt? Wer ist schuld daran, daß so vielen Ärzten die sozialpolitischen Gesetze fast böhmische Dörfer sind? — Dieselben Verhältnisse, denen wir die Lungenkrankheit vornehmlich verdanken: die erbärmlichen wirtschaftlichen und politischen Zustände der Gegenwart, deren gründliche Beseitigung einzig und allein von der Sozialdemokratie erstrebt wird.

Wir wollen nicht verhehlen, daß wir es lieber sehen würden, wenn alle diejenigen, denen es um die Bekämpfung der Schwindsucht wirklich ernstlich zu thun ist, vornehmlich darauf bedacht wären, der Erkrankung an Tuberkulose überhaupt vorzubeugen durch Schaffung menschenwürdiger Zustände für alle, jedoch halten wir es dennoch für wünschenswert, daß die Anregungen und Bestrebungen der genannten Herren vom besten Erfolg gekrönt, daß möglichst viele derartige Anstalten, sei es auf Kosten des Staates, des Kreises, der Kommune oder der Versicherungsanstalten errichtet werden, um dieser verheerenden und ansteckenden Krankheit entgegenzuarbeiten. Die für einen solchen Zweck verausgabten Gelder sind wahrlich besser angelegt, als wenn sie für moderne Werdwerkzeuge, für Sportzwecke oder Trinkgelage verausgabt werden. —

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

In Essen traten vorgestern 150 Zimmerer in den Ausstand. Da in Essen an 200 Zimmerer beschäftigt sind, so ist große Aussicht auf Erfolg der Arbeiter. Die Forderungen lauten: Minimallohn von 42 Pfg. pro Stunde, 10stündige Arbeitszeit inklusive 1 1/2 Stunde Pause, Mehrbezahlung der Ueberstunden. Mehrere Meister sind schon geneigt, zu bewilligen, wollen aber nicht unterschreiben. — Der Streik der Maurer und Zimmerer in Biegnitz, der am 26. April begann, wurde am 16. Mai durch einen Vergleich beendet, der zwischen Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer unter Vorsitz des Oberbürgermeisters zu Stande kam. Erreicht ist eine Lohnzulage von 3—4 Pfg. die Stunde und die Anerkennung eines aus freier Wahl der Arbeiter hervorgehenden Gesellenausschusses als legaler Vertretung derselben. — Die Steinseher in Hannover haben am 15. Mai die Arbeit eingestellt. Gefordert wird Erhöhung des Stundenlohnes von 45 auf 50 Pfg. für Steinseher, 32—35 Pfg. für Hammer und 30 Pfg. für die übrigen Arbeiter. Ein Meister hat bewilligt. —

Unternehmer-Verbände.

In Leipzig beschloß am 13. Mai eine aus vielen Städten Deutschlands besuchte Versammlung von Fortschrittsbuchhändlern die Bildung eines freien Buchhändlerverbandes, dessen Zweck ist, die Interessen der Wiederverkäufer von Büchern zu wahren. Es wurde beschlossen, ein eigenes Kommissionshaus und ein eigenes Genossenschaftslager in Leipzig zu errichten. —

Die Allgemeine deutsche Zanella-Vereinigung, die ihren Sitz in Berlin hat, beschloß infolge der niedrigen Baumwoll- und Wollpreise eine 5—7prozentige Herabsetzung der Preise für die der Vereinigung unterstellten Zanellastoffe. —

Die Salinen-Kartelle sind im Stadium der Auflösung begriffen. Das Elsaß-Lothringische Salinen-Syndikat und die Süddeutsche Salinen-Vereinigung haben sich bereits aufgelöst, der Mitteldeutsche Salinen-Verein ist von einer Seite für Ende Mai d. J. gekündigt, und ob die Norddeutsche Salinen-Vereinigung bestehen bleibt, ist vorderhand auch noch fraglich. Die Ursache der Gefährdung dieser Kartelle scheint hauptsächlich in der Errichtung neuer Salinen zu liegen, die sich den Kartellen nicht anschließen und billiger verkaufen als diese. —

Aus den Gerichtssälen.

Landgericht Magdeburg.

Unterschlagung. Der Schachtarbeiter Julius Bohel zu Grünwalde, geb. 1865, war Amtsdienar dafelbst und wurde im Februar d. J. von dem Pastor in Blöbly beauftragt, für ihn Stollgebühren einzuholen. Bohel veruntreute in 19 Fällen zusammen 24,50 Mk., die er für sich verbrauchte. Im Januar d. J. hatte ihm die Köchin des Forstmeisters 20 Mk. zur Bezahlung einer Schuhmacherrechnung übergeben. Bohel behielt das Geld und stellte fälschlich eine Quittung unter der Rechnung aus. Am 20. Februar erwiderte er sich von einem Buchbinder in Schönebeck einen Revolver mit Patronen für 18 Mk. ohne Bezahlung und gab an, der Forst-

Feuilleton.

Die Lüge.

(Fortsetzung.)

Erzählung von Emil Rosenow.

Frau Maria saß ihm gegenüber, während Klara, wie gewöhnlich, einige Schritte vom Tische entfernt stand; sich zu setzen war ihr nicht erlaubt. Plötzlich rückte Luß umher und hin, suchte und griff in alle Taschen.

„Was hast Du?“ fragte Frau Maria.
„Wo ist mein Pincenez? Ich habe es in der Tasche gehabt und nun ist es fort“, sagte der Schuldirektor.

Frau Luß stand auf und ging hinaus an den Kleiderständer, denn vielleicht hatte ihr Mann es in den Ueberzieher gesteckt. Aber es war nicht darin. Sie wußte, daß solche Kleinigkeiten ihren Mann oft in größte Erregung brachten und so ging sie in das Schlafzimmer, suchte und suchte, ohne den Gegenstand zu finden. Es war ihr unangenehm, daß sie das Pincenez nicht fand, denn es war von Gold und sehr wertvoll. Während sie nachsuchte, hörte sie aus dem Wohnzimmer ihren Mann mit erregter Stimme Klara anreden und plötzlich schrie er:

„Gesteh, Du hast es gestohlen!“
Zu Tode erschrocken, stürzte Frau Maria in das Wohnzimmer. Ihr Mann stand dicht vor Klara, ihr Mienenpiel fixierend, während Klara jammern und Diebstahl bestritt. Als Luß seine Frau gewahrte rief er:

„Mische Dich hier nicht hinein! Ich sehe es dem Mädchen an, daß es kein reines Gewissen hat. Sofort will ich Klarheit haben und ich werde dabei die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen.“

„Ich weiß nichts von dem Pincenez“, schluchzte Klara, „ich habe es gar nicht gesehen. O gewiß, Herr Schuldirektor, ich lüge nicht, ich stehle nicht.“

Der Schuldirektor ging mit großen Schritten im Zimmer auf und ab.

„Deine Angst fraßt Dich blagen“, sagte er hart, „Du wirst dieses Zimmer nicht verlassen. Ich lasse Dir eine halbe Stunde Bedenkzeit. Gestehst Du den Diebstahl nicht ein und giebst den gestohlenen Gegenstand nicht heraus, so lasse ich die Polizei holen.“

Frau Luß verließ das Zimmer. Der Schuldirektor lächelte ihr die Zunge. Sollte Klara wirklich den Diebstahl begangen haben? Aber daran vermochte sie nicht

zu glauben. Es war doch Thorheit, einen Gegenstand zu entwenden, den der Schuldirektor täglich brauchte und dessen Verschwinden darum sofort bemerkt werden mußte. Und dann war sie auch von Klara's Ehrlichkeit überzeugt.

Mit zitternder Hast begann sie wieder, das Schlafzimmer zu durchsuchen, den Ueberrock am Kleiderständer im Hausflur, ihres Mannes Arbeitszimmer, die Wohnstube — nirgends fand sie den gesuchten Gegenstand. Da sah sie auf dem Tische im Arbeitszimmer ein zusammengeklapptes Buch liegen, in welchem ihr Mann gestern Abend gelesen hatte. Das Buch schien nicht recht zu schließen, gerade als ob etwas zwischen den Blätter läge. Sie schlug es auf und da fiel ihr das Pincenez in die Hand.

Sie trat wieder in die Wohnstube und überreichte ihrem Manne kaum das Gefundene.

Er war sehr betreten und wußte nicht gleich, was er jagen sollte.

„Wo hast Du es denn gefunden?“ fragte er schließlich.

„Es lag in Deinem Arbeitszimmer“, erwiderte sie mit vor verhaltenem Zorn bebender Stimme. „Du selbst hast es in dem Buche liegen lassen, in welchem Du gestern lasest.“ Und nach einer Weile sagte sie nachdrücklich: „Das arme Mädchen ist also vollkommen unschuldig.“

Sie hatte erwartet, er werde an Klara einige freundliche Worte, gewissermaßen zur Entschuldigung, richten. Aber er kniff die Lippen fest zusammen, wie er immer that, wenn er sich ärgerte. Dann schritt er langsam hinaus, zog draußen den Ueberrock an, setzte den Hut auf und verließ das Haus.

Als er fort war, tröstete Frau Maria Klara so gut es eben ging, ohne die Achtung vor ihrem Manne herabzusetzen, und das arme Geschöpf, welches nur Worte des Tadels hörte, war dadurch so glücklich, daß die falsche Anschuldigung bald vergessen war.

Seit diesem Vorkommnis sagte Luß wenigstens nichts mehr dazu, wenn seine Frau freundlich und liebevoll zu Klara war, und wenn er einmal unwillig brummte, so pflegte sie ihn an den Zwischenfall zu erinnern, was zur Folge hatte, daß er sie gewähren ließ.

Eines Tages war der Schuldirektor mit seiner Gattin ausgegangen und die Haushälterin benutzte die Gelegenheit,

um für ein Stündchen in die Nachbarschaft zu gehen. So blieb Klara allein zurück. Da klingelte es plötzlich und als sie die Hausthüre öffnete, stand ihr Vater da. Er sah verwirrt und schmutzig aus und drückte sich in den Winkel an der Thüre, als ob er sich vor allen Menschen verbergen müsse.

„Guten Tag“, sagte er leise und sah sich furchtsam um. „Darf ich rein kommen oder schämst Du Dich Deines Vaters?“ — Ich stehe schon lange hier draußen — und jetzt habe ich mir ein Herz genommen und mal geklingelt.“

Sie blickte an seiner zerlumpten Gestalt herunter und er dauerte ihr. Sie zog ihn am Arme in den Hausflur, schloß die Thüre und führte ihn dann in die Küche.

„Lange darfst Du nicht da bleiben“, sagte sie, „Du weißt ja, der Schuldirektor ist sehr strenge. Er würde fürchtbar schimpfen, wenn er darüber käme und Du weißt ja, ich muß froh sein, daß ich hier sein kann.“

Gerade ließ sich auf einen Holzstuhl nieder und rieb sich die Hände. Es war behaglich hier in der warmen Küche, wo der Geruch des Brotes und der Duft starken Kaffees in der Luft lag.

„Ja“, sagte er, „hier hast Du es gut — Du kannst Dich freuen. Wir müssen froh sein, solch eine Zuflucht zu haben — wir sind eben arme Leute, wir werden herumgestoßen wie die lästigen Hunde.“

Klara suchte im Speiseschrank. Sie hatte mittags ihr Fleisch nicht gegessen. Jetzt holte sie es hervor und gab es dem Alten, der es gierig aß.

„Du sollst nicht so viel Schnaps trinken, Vater“, sagte Klara.

Er warf einen Blick in den kleinen Spiegel, der an der Wand hing. Da sah er sein aufgedunsenes, vom Alkohol gerötetes Gesicht mit dem verwilderten Barte. Es wollte gar nicht in diese Umgebung passen und er blickte beschämt zu Boden.

„Das glaube ich, ich bin Dir zum Ekel — ich passe nicht hierher, und wenn jemand hört, daß ich Dein Vater bin, so mußt Du Dich schämen. Es wäre wohl besser, wenn ich Dich nicht besucht hätte, aber wenn man so allein ist — in der kalten, kalten Dachstube, alle Kinder sind fort, sieh — da denkt man, geh' einmal zu Deiner Tochter, sie gehört Dir doch an.“

(Fortsetzung folgt.)

